

Wie sich die Steuerreform zurechtbiegen liesse

Für eine Neuauflage der USR III steht nur eine begrenzte Auswahl an Ansatzpunkten zur Verfügung

MARCEL AMREIN

Das Volk hat die Unternehmenssteuerreform (USR) III klar abgeschmettert. Was es stattdessen will, lässt sich wie immer bei abgelehnten Vorlagen kaum mit Bestimmtheit sagen. Klar scheint nur: Die Privilegien für Firmen mit steuerlichem Sonderstatus sollen fallen – hierüber herrscht von links bis rechts Einigkeit. Und das bedeutet, dass es eine Neuauflage der Reform braucht.

Theoretisch lässt sich zwar ein Ende des Sonderstatus ohne Begleitprogramm des Bundes denken. Neben Verzerrungen im Finanzausgleich drohten damit aber wohl hektische Steuersen-

Maurers halbe, unehrliche Schlüsse

Kommentar auf Seite 11

kungsrunden in den Kantonen. Sollen die neuen Regeln gleichzeitig international akzeptiert, konkurrenzfähig und steuerlich ergiebig sein, lässt sich zudem schwer eine grundlegend anders gestaltete Reform denken.

Der Politik bieten sich realistischerweise nur eine Handvoll Schrauben an, an denen sie drehen kann, darunter allerdings einige bedeutsame. Neben inhaltlichen Anpassungen sind zudem solche der Vorgehensweise naheliegend.

■ **Sonderregeln.** Die teilweise recht unästhetischen Ersatzprivilegien waren der Hauptkritikpunkt an der USR III. Fallen wird am ehesten die zinsbereinigte Gewinnsteuer, die am stärksten auf Unverständnis stiess, zumal sie nur wenige Kantone (darunter Zürich) als bedeutsam erachten. Für viele Stimmbürger dürfte auch der neue Abzug für Forschung und Entwicklung schwer



Die Parlamentarier werden sich erneut mit der Unternehmenssteuerreform auseinandersetzen müssen.

ALESSANDRO DELLA VALLE / KEYSTONE

nachvollziehbar gewesen sein, belief er sich doch in der vom Parlament gewollten Version auf bis zu 150 Prozent der tatsächlichen Kosten. Eine Verschlan- kung auf 100 Prozent scheint wahrscheinlich. Schliesslich könnte auch die Patentbox enger gefasst werden. Das Problem ist indes immer dasselbe: Je beschränkter die Ersatzprivilegien sind, desto eher könnten sich die Kantone gezwungen sehen, die mobilen Firmen über allgemeine Steuersenkungen zu

halten. Die Einnahmeausfälle dürften dann umso höher ausfallen. So befremdlich die Sonderregeln teilweise auch sind, sie haben durchaus ihren Zweck.

■ **Gegenfinanzierung.** Linke Politiker fordern, dass die mit der Reform einhergehenden Ausfälle durch neue Einnahmen gedeckt werden. Diese sollen von den Firmen oder deren Inhabern stammen – was die Palette der Möglichkeiten stark einschränkt. Im Wesentlichen gibt

es nur deren zwei: Eine Erhöhung der minimalen Dividendenbesteuerung ist sehr wahrscheinlich, auch wenn Opposition des Gewerbes zu erwarten ist, und erscheint durchaus plausibel, sofern im Gegenzug die allgemeinen Gewinnsteuern sinken. Schwer vorstellbar ist aber nach wie vor die Kapitalgewinnsteuer, welche die Bürgerlichen bisher vehement ablehnten und die vom Volk 2001 mit einem Nein-Stimmen-Anteil von fast zwei Dritteln verworfen wurde.

■ **Ausgleichsmassnahmen.** Um die Städte und Gemeinden gnädig zu stimmen, könnte das Parlament einen Teil des Ausgleichs an die Kantone (d. h. ihres Anteils an der direkten Bundessteuer) für die dritte Staatsebene reservieren. Vielleicht schlägt die Linke auch eine Reduktion der Ausgleichszahlungen vor, da dies die Kantone zu geringeren Steuersenkungen bewegen könnte.

■ **Schlanker oder breiter.** Wiederholt wurde vor der Abstimmung kritisiert, die Reform sei überladen. Da mag es naheliegend erscheinen, zunächst nur die unbestrittenen Punkte zu beschliessen – so vorgeschlagen etwa von Ständerat Ruedi Noser im «Tages-Anzeiger». Namentlich die umstrittenen Sonderregeln könnten dann später noch ausgearbeitet werden. Allerdings ertönte im Abstimmungskampf auch die gerade umgekehrte Kritik: Damit sich die Folgen der Reform abschätzen liessen, müssten alle geplanten Massnahmen zusammen auf dem Tisch liegen, hiess es. Sprich: Die Kantone müssten ihre jeweiligen Umsetzungen stärker mit der Bundesvorlage koordinieren.

■ **Wer redet mit?** Die erste Reform wurde von Vertretern des Bundes und der Kantone gemeinsam erarbeitet. Namentlich die Kommunen verlangen, stärker berücksichtigt zu werden. Damit eine mehrheitsfähige Reform entsteht, bietet sich aber eine noch breitere Beteiligung an: ein «runder Tisch», an dem auch Parteien und Wirtschaft sitzen.

Gewiss träumt die Linke zudem von weitergehenden Massnahmen, etwa von einem minimalen Gewinnsteuersatz in den Kantonen. Ein solcher dürfte aber auch nach dem grossen Abstimmungssieg ohne Realisierungschancen sein.

Wirtschaft, Seite 27

«Wir haben uns zu lange fremdgeschämt für unsere Herkunft»

Für CVP-Präsident Gerhard Pfister werden Heimat- und Identitätsfragen wieder wichtiger

Herr Pfister, was verbinden Sie ganz persönlich mit Heimat?

Heimat ist dort, wo ich meine Wurzeln habe. Das ist Oberägeri, Kanton Zug, Zentralschweiz, dieser Raum, wo sich Ländlichkeit und Internationalität verbinden. Der Kanton Zug ist eine Schweiz im Kleinen, weil er in seiner Kleinräumigkeit eine ungeheure Vielfalt aufweist.

Gibt es einen konkreten Ort für Ihre Heimat?

Da ist dieser Ort meiner Kindheit. Das ist der St. Jost, eine grosse Waldlichtung in Oberägeri, eine kleine Pilgerkapelle, die auf dem Weg nach Santiago de Compostela liegt. Da war ich als Kind oft.

Eine Umfrage des Stäpferhauses Lenzburg zeigt, dass 32 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer den Glauben mit Heimat verbinden. Warum ist der Wähleranteil Ihrer Partei nicht so hoch?

Weil wir eine säkularisierte Gesellschaft sind. Und ein Gläubiger muss noch lange nicht mit den politischen Positionen einer christlichen Partei einverstanden sein. Aber generell zeigt dies, dass Glaubensfragen für einen grösseren Teil unserer Gesellschaft wichtiger sind, als es der veröffentlichte Diskurs darstellt. Zudem wird mit der allgemeinen Bedrohungslage die Rückbesinnung auf Werte wie eben den Glauben eine Renaissance erfahren.

Die Linke wirft Ihnen vor, Sie definierten den Heimatbegriff zu eng, Sie degradieren ihn schliesslich und endlich auf eine christliche Leitkultur.

Christian Levrat und die Seinen unterschätzen den historischen Anteil, den die christliche Kultur für unsere Gesellschaft hat. Ich denke, in der Aufklärung

steckt viel mehr Christentum, als die Linke meint. Und sie unterschätzt das Bedürfnis der Menschen nach Orientierung. Sie haben, verständlicherweise, einen kälteren, ideologischeren Blick auf die Gesellschaft als wir Christlichdemokraten.

Aber Sie würden nicht sagen: «Die Schweiz den Christen.»

Nein! Ich würde im Gegenteil sagen, dass die Tradition des säkularen Rechtsstaates genuin christlich ist. Eine der grössten Leistungen des Christentums ist, sich in eine demokratisch fundierte Gesellschaft einzubringen. Das haben bisher vor allem das Christentum und das Judentum geschafft. Der Islam hat das, hoffentlich, noch vor sich.

Die Schweizerinnen und Schweizer sehen ihre Heimat vor allem durch Naturzerstörung und Überbauung bedroht. Was heisst das für Ihre Politik?

Das heisst, dass wir in der Schweiz eine tendenziell wachstumskritische Einstellung haben. Es gab in der Geschichte der Welt noch kein Land, das eine so lange Friedenszeit erleben durfte wie das unsrige. Eine Mehrheit hat das Gefühl, wir würden künftig an Lebensstandard verlieren statt gewinnen. Die bewahrenden Tendenzen einer saturierten Gesellschaft sind stark.

Zweifeln die Schweizer insgeheim auch, ob sie diesen Reichtum verdient haben?

Das weiss ich nicht. Dieser Reichtum ist ja nur zu einem kleinen Teil unser persönliches Verdienst, das waren vor allem Umstände, die wir nicht persönlich verantworten. Was ich aber weiss: Es gibt Verlustängste, und die sind nicht unbegründet. Man sieht, wie andere Kontinente aufholen und dass

es ein Leben, schon rein energetisch, für alle auf diesem Planeten nicht geben kann. Da stellt sich schon die Frage: Wäre eine Verwesentlichung des Wachstums nicht besser?

Was heisst das konkret?

Intelligenter bauen und unsere Ansprüche reduzieren. Ich bin in einer 100 Quadratmeter grossen Wohnung mit drei Geschwistern aufgewachsen und habe mich nie beengt gefühlt. Heute beanspruche ich für mich allein so viel Platz. Wir sind eine Gesellschaft, die längerfristig verzichten muss, ohne dass



Gerhard Pfister
Präsident
CVP Schweiz

dies der Staat vorschreiben darf. Das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative war zu einem grossen Teil eine Abstimmung über die Grenzen des Wachstums. Auch ich habe mich da geirrt. Ich habe das persönlich nie so empfunden. Ich komme aus einem Kanton, der seinen Wohlstand diesem Wachstum wesentlich verdankt.

Heisst dies in der Konsequenz, wir müssen eine neue Erzählung von Heimat haben?

Die Erzählung, die meine Partei hat, muss man nicht gross ändern: «Think global. Act local.» Das hat auch eine Bank auf ihre Plakate geschrieben. Je globalisierter die Welt wird, umso wich-

tiger wird die Heimat. Es ist eine völlige Fehleinschätzung der globalisierten Elite, die Welt werde immer gleicher – nur weil sie alle in den immer selben Fünf-Sterne-Hotels übernachten.

Welche Lösung gibt es?

Indem man Antworten bietet. Das ist die Aufgabe der Politik. Es ist nicht unsere Aufgabe, Emotionen anzuhetzen, sondern sie ernst zu nehmen.

Herr Pfister, bitte, Sie haben auch schon Emotionen angeheizt.

Nun gut, emotionale Reaktionen kann ich nicht immer vorher ausschliessen. Jedenfalls ist es mein Anspruch, auf die Sorgen und Nöte Antworten zu finden, anstatt sie zu verstärken. Letzteres ist das Geschäft der sogenannten Populisten. Das muss zum Beispiel der neue US-Präsident noch lernen.

Anstatt jeden Tag fünf Menschen per Twitter zu vernichten. Genau.

Sie würden nicht sagen, man solle den Heimatbegriff konservieren, indem man die Grenzen des Landes dichtmacht?

Nein. Das will auch die Mehrheit der Bevölkerung nicht. Aber es ist doch sinnvoll, Identitäts- und Herkunftsfragen wieder selbstbewusster ins Feld zu führen. Nicht im Sinne einer Ausgrenzung. Wir haben uns zu lange fremdgeschämt für unsere Herkunft.

Aus der Umfrage des Stäpferhauses geht auch hervor, dass man Heimat mehr mit der Schweiz als mit der Gemeinde oder dem Kanton in Verbindung bringt. Erstaunlich?

Das ist der Ausdruck, dass die mediale Landschaft sich verändert hat. Auch im

politischen Prozess wird es immer wichtiger, was die Bundespolitiker sagen und tun. Das Lokale spielt bei den grossen Identitätsfragen eine immer geringere Rolle.

Wovor haben Sie Angst?

Es mag vielleicht arrogant klingen: vor nichts. Ich habe Momente erlebt, wo ich Todesangst hatte, etwa beim Attentat in Zug, als ich im Parlament war. Seitdem sind alle anderen Ängste vernachlässigbar. Und ich bin in einer dertart privilegierten Position, da wäre es schon anmassend, Ängste zu haben. Ich bin mittlerweile über fünfzig Jahre alt und muss sagen: Ich hatte ein phantastisches Leben.

Wenn Sie heute den Schirm zumachen, war es gut? So ist es.

Und dann finden Sie als Christ ja ohnehin, der Tod sei ein Doppelpunkt. Ja, aber es gehört zu den Herausforderungen des Glaubens, dass meine Vorstellungen vom Jenseits immer vor meinem Verstand bestehen müssen.

Interview: Peer Teuwsen

Heimat-Gespräch

PT. · Die NZZ hat mit vier Parteipräsidenten ein Gespräch zum Thema Heimat geführt. Der erste Teil erschien am vergangenen Samstag (NZZ vom 11. 2. 17). Das Gespräch mit CVP-Präsident Gerhard Pfister musste separat geführt werden, weil es terminlich unmöglich war, die vier Parteipräsidenten gleichzeitig an einem Ort zusammenzubringen.